

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 11

Artikel: Hakenkreuz über Sachsen
Autor: Gurland, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-330268>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

folge die gleichzeitige Abrüstung des privaten Schießprügels erzielte.

Den Einfall unseres Genossen Frank, Krieg und Militarismus mit einem Paragraphen rein juristisch aus der kapitalistischen Gesellschaft hinauskomplimentieren zu wollen, halte ich — er verzeihe mir das Wort — für die Illusion eines paragraphengläubigen Juristen. Auf den Paragraphen würde es gewiß auch ankommen, aber erst in allerletzter Linie, das heißt, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen sein werden, daß der Paragraph nicht bloß ein Schemen, sondern gesellschaftliche und politische Macht sein kann.

Das Hauptproblem aber in allen diesen Dingen, das *Problem der politischen Macht*, hat Genosse Dr. Frank ganz und gar außer Betracht gelassen. Darum endet er bei der grotesken Illusion, mit einem einer widerstrebenden Volksmehrheit abgerungenen Strafgesetziparagraphen ein einfallendes Heer zu Paaren zu treiben und bestrafen zu können. Die Jurisprudenz an dieser Konstruktion ist gut, und Genosse Dr. Frank hat ja den Paragraphen auch schon entdeckt, mit dem er das Wunder vollbringen will. Er hat dabei bloß übersehen, daß, *solange in einem Lande, wie bei uns, eine starke bürgerliche Mehrheit die Staatsmacht in Händen hält, dem Frankschen Paragraphen die Machtgrundlage und damit das Fundament fehlt!* Also ein Paragraph mehr, hinter dem keine Exekutivgewalt steht, die ihn ausführt! Und nicht einmal Genosse Frank, als Bundespräsident an der Spitze seiner 20,000 Mann Volkswehr, vermöchte den Paragraphen gegenüber der einbrechenden Armee zur Anwendung zu bringen. Nein, diese Probleme gehen viel tiefer. So einfach, wie Genosse Frank sich vorstellt, ist die Sache nicht! Unsere Partei wird darum seinen Vorschlag ablehnen.

Hakenkreuz über Sachsen.

Von A. Gurland (Berlin).

Nach dem Ergebnis der Gemeindewahlen vom November 1929 kann der Ausgang der sächsischen Landtagswahlen vom 22. Juni keine große Ueberraschung hervorrufen. Die Verschiebungen im Lager der proletarischen Parteien sind nicht wesentlich. Die *Kommunisten* haben gegenüber den Landtagswahlen vom 12. Mai 1929 etwa 10,000 Stimmen gewonnen und damit die schmale Wählerschicht zum größten Teil wieder erobert, die sie im vergangenen Jahre an die kommunistische Rechtsopposition (Richtung Brandler) abgegeben hatten. Die *Sozialdemokratie* hat etwa 50,000 Stimmen oder etwa 5 Prozent

ihrer Wähler verloren, aber es ist ihr im wesentlichen gelungen, ihre Position zu behaupten, was angesichts der katastrophalen Erwerbslosigkeit, unter der Sachsen leidet, und des allgemein sichtbaren Versagens der sozialdemokratischen Koalitionspolitik im Reich keineswegs unterschätzt werden darf. Charakteristisch ist, daß die Hauptverluste der Sozialdemokratie auf den Wahlkreis Dresden-Bautzen entfallen, der den größten Prozentsatz nichtproletarischer Bevölkerungsschichten in ganz Sachsen aufweist, während der industriereichste sächsische Bezirk, der Wahlkreis Leipzig, trotz der etwas geringeren Wahlbeteiligung eine fast unveränderte Zahl sozialdemokratischer Wähler aufweist. Vom rein organisatorischen Standpunkt aus könnte die Partei mit dem Wahlergebnis beinahe zufrieden sein.

Anders steht es mit der *politischen* Beurteilung des Wahlganges. Die geradezu umwälzenden Verschiebungen in der politischen Zusammensetzung der *bürgerlichen* Wählerschaft sind für die Sozialdemokratie ein Warnungszeichen, das man, ohne zu übertreiben, als *Alarmsignal* ansprechen kann. Die *Nationalsozialisten*, die deutsche Abart des Faschismus, haben ihre Stimmenzahl um 240,000 vermehrt, ihren Wählerbestand fast verdreifacht, an die 15 Prozent der Wähler gewonnen und sind zur zweitstärksten Partei aufgerückt. Die Verluste aller bürgerlichen Parteien, die bei Hugenburgs Deutschnationalen rund 45, bei der Deutschen Volkspartei (der Partei Stresemanns) 35 Prozent, bei den Demokraten ein gutes Viertel, bei der Wirtschaftspartei (Mittelstand, Hausbesitzer) ein Zehntel und bei der kleinbürgerlichen Aufwertungspartei mehr als ein Drittel ihres bisherigen Bestandes betragen, sind fast ausschließlich den Nationalsozialisten zugute gekommen. Die bürgerlichen Parteien, die ausgezogen waren, die verhaßte Sozialdemokratie zu zerschlagen, fielen selbst in die Grube, die für die Sozialdemokraten ausgehoben worden war. Man könnte darüber Schadenfreude empfinden. Aber die Sozialdemokratie, die den Demokraten und Volksparteilern Verhandlungen über eine Koalitionsregierung angeboten, aber die Einbeziehung der Wirtschaftspartei grundsätzlich abgelehnt und die Landtagsauflösung erzwungen hatte, weil eine Regierungsbildung auf der von ihr angebotenen Grundlage nicht zustande gekommen war, steht jetzt einem Landtag gegenüber, in dem eine sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung ohne die Wirtschaftspartei überhaupt nicht möglich ist. Das ist kein Grund zu reiner Freude; noch weniger erfreulich ist aber die Entwicklung, die heute zahlreichen Sozialdemokraten eine Regierungsbildung mit Demokraten und Volksparteilern, wie sie im letzten Landtag möglich gewesen wäre, geradezu als verlorenes Paradies erscheinen läßt.

Man muß sich heute vergegenwärtigen, warum der *alte*

Landtag eines so frühen Todes gestorben ist. Genau wie jetzt standen im alten Landtag den 45 Sozialdemokraten und Kommunisten 51 Bürgerliche gegenüber. Aber diese bürgerliche Mehrheit war nur regierungsfähig, wenn gleichzeitig Demokraten und Nationalsozialisten zu ihr hielten. Die Nationalsozialisten fühlten sich als die Herren im Staate und kämpften um den Einfluß in der Landesregierung, den ihre Fraktion in Thüringen in der Person des Innenministers bei für die Nationalsozialisten nicht viel günstigerer Mandatsverteilung im Parlament bereits besaß. Eine Forderung, die für die Demokraten als die letzten Mohikaner des deutschen Liberalismus bei all ihrer Umfallfreudigkeit denn doch untragbar war. So mußte jener Landtag in die Luft gehen, wenn eine bürgerlich-sozialdemokratische Regierung nicht zustande kam. Die Situation ist *nach den Wahlen* prinzipiell unverändert geblieben. Eine Bürgerblockregierung hat nur dann eine Mehrheit, wenn Demokraten *und* Nationalsozialisten mit im Spiele sind. Nur daß die Nationalsozialisten heute die stärkste bürgerliche Fraktion sind, den anderen bürgerlichen Parteien das Mitregieren noch schwerer machen und jetzt auch die Führung der Landespolitik für sich beanspruchen werden.

So ist praktisch eine andere Regierung in Sachsen parlamentarisch nicht möglich als die einer *Koalition* von der Sozialdemokratie bis zur Wirtschaftspartei. Man könnte sich freilich hypothetisch auf den Standpunkt stellen, daß die Sozialdemokratie alles Interesse daran hätte, den bürgerlichen Parteien die Gelegenheit zu geben, ihre Regierungsunfähigkeit immer von neuem zu beweisen, immer wieder den Landtag aufzulösen, bis sie eben die Mehrheit der Wähler hinter sich hat. Aber dieser sozialdemokratischen Mehrheit steht einstweilen als größtes Hindernis die Existenz des Kommunismus im Wege. Ohne die Kommunisten ist eine rein sozialistische Mehrheit in Sachsen vorläufig nicht zu holen, und selbst, wenn man unterstellen würde, daß man die Kommunisten (was zum mindesten außerordentlich schwer, wenn nicht gar unmöglich ist) im Falle einer proletarischen Landtagsmehrheit zur Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung zwingen könnte, so würde doch jede fruchtbare Arbeit der Sozialdemokratie durch die Kommunisten so erschwert sein, daß ein solcher Regierungsblock von vornherein lahmgelegt wäre und so ein weiteres Anwachsen des Faschismus nicht verhindert werden könnte. Aber auch schon die fortgesetzte Wiederholung der Landtagswahlen würde wohl unmöglich sein, weil sie von Wahl zu Wahl ein *Erstarken des Nationalsozialismus* mit sich bringen und so die bürgerlichen Parteien aus purem Selbsterhaltungstrieb zu einem auch noch so schädigen Regierungsbündnis mit den Nationalsozialisten zwingen würde. Darüber hinaus ist die Wahl-

müdigkeit in den proletarischen Massen so groß, daß man mit Gewinnen der Nationalsozialisten auch auf Kosten der proletarischen Parteien rechnen könnte.

Ebensosehr könnte freilich auf der anderen Seite die Frage aufgeworfen werden, ob eine Koalitionsbeteiligung der Sozialdemokratie geeignet ist, das Anschwellen des nationalsozialistischen Anhangs zu verhindern und ob nicht vielmehr von jedem, auch dem kleinsten Mißerfolg der Sozialdemokratie innerhalb einer Koalition mit bürgerlichen Parteien ein starker Zuwachs sowohl für die Nationalsozialisten als auch für die Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokratie erwartet werden muß. Soweit man die organisierte Arbeiterschaft im Auge hat, kann man diese Frage verneinen; der Kern der sozialdemokratischen Machtstellung würde wohl auch durch eine schwere *koalitionspolitische Belastung* der Partei nicht angetastet werden können. Aber die Machtstellung der Sozialdemokratie beruht nicht ausschließlich auf ihren organisierten und geschulten Kerntruppen, und eine gewisse Verringerung ihrer Wählerzahlen wäre als Folge einer Koalitionsbeteiligung vermutlich schwer zu vermeiden. Die Frage danach, ob in der gegenwärtigen Situation die Beteiligung oder die Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie an einer Koalitionsregierung in Sachsen das kleinere Uebel sei, mit objektiv-historischer Richtigkeit zu beantworten, wäre nach dem Gesagten ein aussichtsloses Unterfangen, und man könnte sogar versucht sein, zu sagen, daß beides von Uebel sei, daß es eine Antwort auf diese Frage nicht gebe. Doch die objektiv-historische Richtigkeit einer politischen Lösung ist ohne einen historischen Ausblick nicht auffindbar, und daß die sächsische Sozialdemokratie heute gleichsam wie Buridans Esel einer scheinbar ausweglosen Situation gegenübersteht, scheint uns daran zu liegen, daß sie ihre Politik seit dem Abflauen der revolutionären Welle an keiner wie immer gearteten historischen Perspektive orientiert.

Bis zur Stabilisierung der Währung, bis zur Beendigung der Inflation, die für Deutschland die internationale *Stabilisierung des Kapitalismus* erstmalig und deutlich sichtbar zum Ausdruck gebracht hat, war das klare und eindeutige Leitziel der sächsischen Sozialdemokratie die *Eroberung der politischen Macht*. Sie hat den Kampf um die Macht zäh und unbeirrt geführt, hat die proletarische Mehrheit behauptet, in der Verwaltung, der Justiz, der Gemeindepolitik, der Schulpolitik Segensreiches geschaffen und die Kommunisten immer wieder gezwungen, bei der Stange zu bleiben. Diese heldenhafte, dramatische Phase der sächsischen Politik, die in des Genossen Walter *Fabian* «Klassenkampf um Sachsen»*) eine aus-

*) Dr. Walter Fabian: «Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918 bis 1930.» Verlag der Ostsachsen-Druckerei, Löbau, 1930.

gezeichnete Darstellung gefunden hat, gipfelte im Jahre 1923 in dem Kampf um die Erhaltung und den Ausbau der Demokratie und um eine sozialistische Außenpolitik, der gegen das im Reich regierende Bürgertum geführt werden mußte. Die Klassenkräfte im Reichsmaßstab hatten sich inzwischen *zugunsten des stabilisierten Bürgertums* verlagert, die letzte sozialistische Oase im kapitalistischen Deutschland mußte verschwinden. Aber mit dem Sturz des sozialistischen Regiments in Sachsen waren für den nächsten Geschichtsabschnitt die Voraussetzungen der Wiederkehr eines Roten Sachsens zerschlagen. Zunächst politisch: die endgültige Stabilisierung des Kapitalismus, mit der der Kommunismus sich nicht abfinden kann, hat den Gegensatz zwischen ihm und der Sozialdemokratie verschärft und vertieft und ein Zusammenregieren der beiden Parteien für absehbare Zeit unmöglich gemacht. Dann aber auch sozial und ökonomisch: der durch die Inflation proletarisierte Mittelstand fand mit der Stabilisierung seine bürgerliche Existenz und seine politische Heimat im Kapitalismus wieder.

Sachsen ist ausgesprochenermaßen Industrieland. 53,9 Prozent seiner Bevölkerung und damit mindestens 70—75 Prozent der Wahlberechtigten sind erwerbstätig. Da von je 100 Erwerbstätigen in Sachsen 76 Arbeiter, Angestellte, Beamte und Hausangestellte sind, entfallen auf je 100 Wahlberechtigte etwa 53 bis 57 erwerbstätige Angehörige des Proletariats. Zählt man die nicht erwerbstätigen Familienangehörigen dazu, so besitzt die *Arbeiterklasse* unter der sächsischen Wählerschaft ungefähr eine *Dreiviertelmehrheit*. Man kann aber aus diesen sozialen Tatsachen keine politischen Schlußfolgerungen ziehen, wenn man die ökonomische Struktur der sächsischen Industrie, die in Fabians Buch immer wieder mit Nachdruck hervorgehoben wird, beiseite läßt. Sachsen ist schon längst nicht mehr *der* kapitalistische Bezirk des Deutschen Reiches, und seine Bevölkerung ist keineswegs *die* für den Hochkapitalismus typische Bevölkerung. Die sächsische Industrie ist auf dem *Mittel- und Kleinbetrieb* aufgebaut, in die Arbeiterschaft hineingelagert sind zahlreiche Schichten des *kleinen Mittelstandes*, von denen viele mit einem Fuß im Industriebetrieb, mit dem anderen im Kleingewerbe oder in der Landwirtschaft, in der der selbständige Klein- und Mittelbetrieb dominiert, stehen; familiäre und gesellschaftliche Beziehungen verknüpfen die sächsische Arbeiterschaft mit dem *Kleinbürgertum*, und jenen Abfall der «Dreiundzwanzig», die später zu «Altsozialisten» geworden und jetzt endlich von der politischen Bildfläche verschwunden sind, kann man in seiner für die Sozialdemokratie verhängnisvollen Bedeutung nicht begreifen, wenn man diese Erscheinung nicht sieht. Das politisch radikale, der Arbeiterschaft nicht fernstehende sächsische Kleinbürgertum, das auch vor dem Kriege

unsere Mitläuferscharen stellte, garantierte uns nach der Revolution die parlamentarische Macht, solange die revolutionäre Bewegung im Aufstieg war. Als sie abebbte, sprangen die kleinbürgerlichen Schichten ab und rissen die von ihnen beeinflussten Arbeiterschichten mit sich.

Indes hat die sächsische Industrie auch noch einen anderen charakteristischen Zug: sie erzeugt Bedarfsgegenstände (Textilien, Metallwaren), hochwertige Produktionsmittel (Maschinen- und Instrumentenbau), Massenluxusgüter (Holzverarbeitung, Spielwaren), ist vornehmlich *Konsumgüterindustrie mit großem Arbeitsfassungsvermögen*, starkem Anteil der *gelernten Arbeiterschaft* und Reservatrechten für ein selbständiges *Kleinbürgertum*. Jeder technische Fortschritt des Kapitalismus, jede Rationalisierungsmaßnahme trifft die sächsische Bevölkerung doppelt und dreifach: durch Arbeitslosigkeit, Verdrängung gelernter Arbeitskräfte, wirtschaftlichen Ruin für Handwerker und Heimarbeiter. Jede wirtschaftliche Krise, die den Massenverbrauch zusammenschrumpfen läßt, wirkt sich in Sachsen am heftigsten aus; seine Industrie wird als Konsumgüterindustrie von jeder Produktionsstockung zuerst betroffen. So weist Sachsen heute den größten Prozentsatz der Erwerbslosigkeit im ganzen Reiche auf, und diese Erwerbslosigkeit ist zum größeren Teil eine strukturelle: auch bei guter Konjunktur kann es eine Rückkehr zur althergebrachten Struktur der sächsischen Industrie nicht mehr geben; die Existenzvernichtung weiter Schichten des gewerblichen Mittelstandes, der Heimarbeiter-schaft und der gehobenen, ins Kleinbürgertum hineinwachsenden Arbeiter- und Angestelltenschichten ist eine nachhaltige Erscheinung. Nachdem aber der Sozialismus die Hoffnungen des Jahres 1923 nicht erfüllt hat, weil sich das Gleichgewicht der Klassenkräfte in der ganzen Welt zuungunsten des Proletariats verschoben hatte, suchen diese darben- und hungernden Massen bei den antikapitalistischen und zugleich «antimarxistischen» Hakenkreuzlern ihr Heil. Das *Sterben der sächsischen Kleinindustrie* und der mit uns von ihr lebenden Mittelstandsschichten: das ist das Geheimnis der Verdreifachung der *nationalsozialistischen* Stimmenzahl.

Hierin liegt aber auch die historische Perspektive, an der sich die Sozialdemokratie zu orientieren hat. Die Arbeitermassen sperren sich in Sachsen wie in *Thüringen* (wo dieses Sterben der alten gewerblichen Wirtschaft teilweise noch krasser ist) gegen die Erkenntnis, daß wichtige Wirtschaftsbezirke mit großer Bevölkerungsdichte *sterbendes Land* sind, in der Hoffnung, daß es doch noch besser werden könnte, oder sie sind bereits in dumpfe Hoffnungslosigkeit verfallen. Deswegen, nicht aus ideologischer Verblendung, fehlt der sozialdemokratischen Politik in Sachsen jene historische Perspektive,

ohne die die politische Situation als ausweglos erscheint. Ohne eine radikale *Aenderung der wirtschaftlichen Struktur* des Landes, ohne den Aufbau neuer Industrien, die im Großbetrieb das pauperisierte Kleinbürgertum aufsaugen, ist jedoch der Aufstieg der sächsischen Arbeiterbewegung, ist die Ueberwindung des Nationalsozialismus nicht möglich. Heute sehen zahlreiche Arbeiterschichten den Schutz gegen Nationalsozialismus in der Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie, in der Handhabung des Verwaltungsapparates. Aus diesem Grunde dürfte der Eintritt der Sozialdemokratie in eine *Koalitionsregierung* bereits *unvermeidlich* geworden sein. Aber die Beteiligung an einer Koalition wird dem Proletariat nur Enttäuschungen und Niederlagen bringen, wenn nicht das Schwergewicht der sozialdemokratischen Regierungsarbeit auf die *Wirtschaftspolitik*, auf den Ausbau der staatlichen Kraftwirtschaft, der staatlichen und kommunalen Bergbau-, Elektrizitäts- und Verkehrsbetriebe und die Angliederung einer ausdehnungsfähigen Produktionsmittelindustrie gelegt wird. Der Weg braucht nicht kapitalistisch zu sein, der *öffentlichen Wirtschaft* eröffnet sich ein gewaltiges Tätigkeitsfeld. Aber der Weg muß beschritten werden, da sonst von beiden Uebeln — der Beteiligung und der Nichtbeteiligung an der Regierung — jedes das größere ist.

Der Epigone.

Von Oswald Zienau.

Stalins kürzlicher Rückzug vor den Bauern, der unter so dramatischen Umständen das völlige Fiasko seiner selbstherrlich getriebenen Kollektivierungspolitik offenbarte, hat den bolschewistischen Diktator als Persönlichkeit interessant gemacht für eine sensationsdurstige oder auch sachlich wißbegierige Leserschaft. Verständlich. Denn diese Persönlichkeit, die mit diktatorischer Gewalt über fast eineinhalbhundert Millionen Menschenschicksale zu gebieten wagt, ist, was die geistige Fundamentierung und das allgemein Menschliche anbelangt, in ein Halbdunkel getaucht, das auch nicht vor der grellen Beleuchtung politischer Wirksamkeit zerstoßen ist. Ein gewolltes und ängstlich behütetes Halbdunkel hüllt den Menschen Stalin ein.

Im striktesten Gegensatz zu den Heroen der Oktoberrevolution, die sich, wo immer es nur anging, den Volksmassen präsentierten, bleibt Stalin für die Öffentlichkeit der Verborgene. Von Angesicht kennt das russische Volk seinen Diktator nur durch die mehr oder minder schlechten Porträtdrucke, die in den Amtsstuben der Zentralbehörden, der Stadt- und Dorfräte zum übergroßen Teile ungerahmt, nur mit Heftzwecken an die Wand gespinnt, herumhängen. Ein offizieller Akt, keine Popu-